

Anlage 4 zum Protokoll Beiratssitzung Neustadt 15.02.2018

Beiratssitzung des Beirats Neustadt am 15.02.2018

Antrag der PIRATEN und Fraktion DIE LINKE im Beirat Neustadt zum TO Punkt:

3b. Gartenstadt Werdersee: Vorstellung des aktuellen Planungsstandes für die öffentlichen Grünflächen

Der Beirat Neustadt möge beschließen:

Der Beirat Neustadt fordert den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr auf, die sich über ca. 4000 qm erstreckende Altablagerung A218.0002 bzw. „wilde Müllkippe“, die als öffentliche Grünfläche der Gartenstadt Werdersee ausgewiesen werden soll, vollständig von den dort vorhandenen umweltrelevanten Altlasten bzw. Schadstoffen zu befreien und einer vollständigen Entsorgung auf einer dafür ausgelegten Deponie zuzuführen, um jegliche Gesundheitsgefährdung, die von den vorhandenen Giftstoffen ausgeht, auszuschließen.

Begründung: Die zwischen Anfang der 1960er Jahre und 1974 entstandene „wilde Müllkippe“ ist erheblich mit umweltrelevanten Schadstoffen, wie u.a. Schwermetallen (beeinträchtigt die Funktionsfähigkeit des Nervensystems), und Benzo(a)pyren (krebserregend) belastet, die z.T. die Prüfwerte der BBodSchV für Kinderspielen, für Wohnen und einmal auch für Freizeitflächen überschreiten. Die Belastung der Altablagerung wurde zuletzt noch dadurch erhöht, dass von SUBV im Zuge eines Grundstücktausches mit privaten Investoren, 1140 m³ weiteres, mit Schadstoffen hochbelastetes Material auf die zukünftige Freizeitfläche verbracht wurden. Bodenproben aus diesem Material (u.a. Blei, Arsen, PAK) wiesen „sämtlich deutlich erhöhte Schadstoffgehalte auf, die die Prüfwerte der BBodSchV für Wohngebiete und Kinderspielflächen überschritten.“ (siehe offizielles Gutachten vom 22.04.2016).

Die von SUBV vorgesehene Versiegelung der zukünftigen Freizeitfläche reicht nicht aus, um nachhaltig die Unterbindung des Kontaktes zwischen Mensch und Schadstoffen zu gewährleisten, zumal im unmittelbaren Nahbereich der Fläche eine Kindertagesstätte und Schule eingerichtet werden soll. Außerdem kann mit der vorgesehenen Maßnahme nicht ausgeschlossen werden, dass die Giftstoffe ins Grundwasser gelangen.